

# Amt der Wiener Landesregierung

MD-1614-2/86

Wien, 28. August 1986

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Familienlastenaus-  
gleichsgesetz 1976 geändert  
wird;

Begutachtungsverfahren;  
Stellungnahme

51-03/86

02. 09. 1986

3. Sep. 1986 *Reichenberger*

*Dr. Müller*

An das

Präsidium des Nationalrates

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Beilage  
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff ge-  
nannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilage  
(25-fach)



Dr. Peischl  
Magistratsvizedirektor



## Amt der Wiener Landesregierung

MD-1614-2/86

Wien, 28. August 1986

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Familienlastenaus-  
gleichsgesetz 1976 geändert  
wird;

Begutachtungsverfahren;  
Stellungnahme

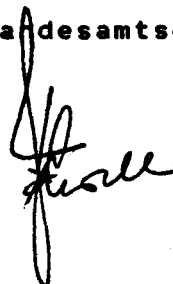
zu GZ 23 0102/2-II/3/86

An das  
Bundesministerium für  
Familie, Jugend und  
Konsumentenschutz

Auf das do. Schreiben vom 14. Juli 1986 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung bekanntzugeben, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine Bedenken bestehen. Es darf aber darauf hingewiesen werden, daß der im § 34 Abs. 5 des Entwurfes verwendete Begriff "beschränkt entmündigt" zufolge des Bundesgesetzes über die Sachwalterschaft für behinderte Personen, BGBl.Nr. 136/1983, nicht mehr der geltenden Rechtssprache angehört.

Unter einem werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Peischl  
Magistratsvizedirektor